

Dem Klimawandel die Stirn bieten

Ab Dienstag tagt die UN-Klimakonferenz und diskutiert, wie man die Erderwärmung aufhalten kann / CO₂-Preise hoch im Kurs

VON UNSEREM MITARBEITER
CHRISTIAN MIHATSCH

BANGKOK. Es ist still geworden um den Klimawandel. Doch nun drängt das Thema zurück auf die Weltbühne: Am Dienstag kommen über 120 Staats- und Regierungschefs in New York zu einem Klimagipfel zusammen.

UNO-Generalsekretäre gehen selten zu Demonstrationen. Doch Ban Ki Moon hat sich am Sonntag an der Demonstration für Klimaschutz in New York beteiligt. Die war Teil eines weltweiten Aktionstages mit Demonstrationen rund um den Erdball. In Berlin forderten mehrere Tausend Demonstranten verschärfte Klimaziele und einen Umstieg auf erneuerbare Energien. Mit seiner Teilnahme an der Demonstration in New York wollte Ban für seinen Klimagipfel am Dienstag werben. Dann werden rund 120 Staats- und Regierungschefs, unzählige Minister sowie Bürgermeister und Unternehmensführer erklären, was sie für den Schutz des Klimas zu tun gedenken. Der Gipfel soll neuen Schwung in den Kampf gegen den Klimawandel bringen.

Der ist auch nötig: Gemäß dem Wissenschaftlergremium IPCC wird sich das Klima bis zum Jahr 2100 um 3,7 bis 4,8 Grad erwärmen. Dabei gilt eine Erwärmung um zwei Grad als Obergrenze, wenn katastrophale Schäden durch die Klimaerwärmung vermieden werden sollen. Doch um diese Grenze einzuhalten, müssten die Emissionen von Treibhausgasen, insbesondere CO₂, auf Nahe Null sinken. Im Moment steigen sie aber noch. Daher hofft die UN-Klimabeauftragte und ehemalige irische Präsidentsin Mary Robinson auf einen Kurswechsel: „Es geht darum, Entscheidungen zu treffen, die uns zurück auf einen Pfad bringen, der unter der Zwei-Grad-Grenze bleibt.“

Das wichtigste Instrument, um dieses Ziel zu erreichen, ist ein CO₂-Preis. „Eine signifikante Zahl von Ländern und Unternehmen werde erklären, dass wir einen Preis für CO₂-Emissionen brauchen“, sagt Robinson. Auf Ebene der Länder bestehen dazu zwei Möglichkeiten: Entweder sie erheben eine CO₂-Steuer, wie sie in Chile oder Südafrika geplant ist. Oder sie führen ein Emissionshandelssystem ein wie die EU oder Kalifornien.

Gemäß Weltbank haben mittlerweile 39 Länder und 23 Bundesstaaten eine Steuer oder ein Handelssystem eingeführt oder stehen kurz davor. Mit Spannung wird insbesondere die Ankündi-



Um bis zu 4,8 Grad soll das Klima laut Experten bis 2100 ansteigen.

FOTO: DPA

gung Chinas erwartet. Die dortige Nationale Entwicklungs- und Reformkommission hat vergangene Woche einen Plan vorgestellt, im Jahr 2016 ein landesweites Emissionshandelssystem einzuführen.

Derzeit laufen in mehreren chinesischen Provinzen und Städten Pilotprogramme, die zu einem nationalen Handelssystem verknüpft werden sollen. Das Handelssystem wird voraussichtlich drei bis vier Milliarden Tonnen CO₂ abdecken, rund vier Prozent der chinesischen Emissionen. Der vorgestellte Plan wird zu einem CO₂-Preis von rund 18 Dollar pro Tonne führen, schätzt Frank Jotzo von der Australian National University. „Es ist eine Überraschung, dass der Plan einen Start im Jahr 2016 vorsieht. Die meisten Experten haben einen Start näher beim Jahr 2020 erwartet“, sagt Jotzo.

Aber auch immer mehr Unternehmen haben einen internen CO₂-Preis. Viele Firmen wie BMW oder die Bank Crédit Suisse rechnen bereits intern mit einem CO₂-Preis, wenn sie Investitionsprojekte evaluieren. Manche Unternehmen wie etwa Microsoft bitten ihre Abteilungen für CO₂-Emissionen zur Kasse. Das so eingesamelte Geld wird dann in Projekte investiert, die andernorts CO₂-Emissionen senken. Abgesehen vom CO₂-Preis

wird es Ankündigungen zur Finanzierung des Klimaschutzes in Entwicklungsländern und zur Reduktion von anderen Treibhausgasen geben. So wird erwartet, dass die EU und die USA den Einsatz von FKW (Fluorkohlenwasserstoffe) als Kältemittel weiter einschränken. Diese Stoffe ersetzen die ozonschädlichen FCKW (Fluorchlorkohlenwasserstoffe) in Klimaanlage oder Kühlschränken. Doch FKW sind 700 mal klimaschädlicher als CO₂ und ihre Produktion steigt rasant. Ohne Maßnahmen gegen FKW könnten diese im Jahr 2050 ein Fünftel der weltweiten Treibhausgasemissionen ausmachen.

Zu reden gibt aber nicht nur, wer was ankündigt, sondern auch wer dem Gipfel fern bleibt. Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel kommt nicht. Auch der chinesische Präsident Xi Jinping und der neue indische Ministerpräsident Narendra Modi schicken nur ihre Umweltminister. Indien kritisiert, der Klimagipfel sei eine Initiative der Industriestaaten, um die Unterscheidung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern bei den UN-Klimaverhandlungen zu verwischen. Aus indischer Sicht sind nur die Industriestaaten verpflichtet, ihre Emissionen zu senken, Entwicklungsländer können freiwillig Klimaschutzmaßnahmen umsetzen.

Aus Sicht von Chistiana Figueres, der Chefin der UN-Klimaverhandlungen, ist das Fernbleiben von Xi und Modi nicht weiter schlimm: „Wir sollten nicht überbewerten, welche Person für die chinesische und indische Regierung spricht.“

Anders sieht das der Energiespezialist Frank Maisano von der Anwaltskanzlei Bracewell & Giuliani: „China und Indien müssen mit am Tisch sitzen, wenn Verhandlungen jemals für das Klima bedeutungsvoll sein sollen.“

Noch deutlicher als China und Indien signalisiert derweil Saudi-Arabien, was es vom Klimaschutz im Allgemeinen und vom Klimagipfel im Besonderen hält: Das Königreich schickt seinen Ölminister.

INFO

KLIMAGIPFEL IN NEW YORK

Die Klimakonferenz der Vereinten Nationen findet einmal im Jahr statt, um über völkerrechtlich verbindliche Maßnahmen gegen die Klimaerwärmung zu beraten. Nachdem das aus der Konferenz heraus entstandene Kyoto-Protokoll 2012 ausgelaufen ist, verhandelt man über einen Nachfolgevertrag. *msr*

Air France weiter bestreikt

Piloten bis Freitag im Ausstand

PARIS (dpa). Angesichts weiterhin verhärteter Fronten verlängern die Piloten von Air France ihren bereits einwöchigen Streik um nochmals vier Tage. Der Streik geht damit in die zweite Woche, ohne dass ein Ende absehbar ist. Eine Abstimmung der größten Pilotengewerkschaft ergab nach deren Angabe eine deutliche Mehrheit für einen Ausstand bis zum kommenden Freitag. Die Gewerkschaft fordert Regierungschef Manuel Valls auf, mitzuhelfen, einen Weg aus der Sackgasse zu finden. Verkehrs-Staatssekretär Alain Vidalies appellierte an beide Seiten, auf einen Kompromiss hinzuarbeiten, um den kostspieligen Streik zu beenden.

Wegen des am vergangenen Montag begonnenen Streiks kann Air France seit Tagen höchstens 45 Prozent seiner Flüge sicherstellen. Der Streik wurde nun zum längsten Ausstand bei der Air France seit 1998, als zehn Tage gestreikt wurden.

Der Pilotenstreik richtet sich gegen Sparpläne des Konzerns Air France-KLM. Der will die Kurz- und Mittelstrecken an seine Billigtochter Transavia übertragen und die Kosten dadurch um mehr als eine Milliarde Euro pro Jahr senken.

Rüstungsindustrie droht mit Wegzug

Wegen rigider Exportbeschränkungen prüfen Unternehmen eine Verlagerung ins Ausland

BERLIN (dpa). Die deutsche Rüstungsindustrie droht wegen ihrer Meinung nach rigider Exportbeschränkungen und fehlender staatlicher Aufträge mit Abwanderung. „Alle großen Rüstungsunternehmen prüfen, ob sie auf Dauer im Lande bleiben können“, sagte der Präsident des Branchenverbands BDSV, Rheinmetall-Chef Armin Papperger, der *Süddeutschen Zeitung*. „Wenn mein Land bei mir nicht kauft und mir gleichzeitig sagt, du darfst nicht exportieren, dann halte ich das nicht lange durch.“ Papperger sagte, es gebe zwei Alternativen. Entweder man baue weiter Kapazitäten und damit noch mehr Arbeitsplätze ab, oder man gehe ins Ausland. „Andere Länder wie die Schweiz, Frankreich oder die USA wären froh, wir würden dort investieren. Dort könnten wir auch leichter exportieren.“

Die Waffenbranche fürchtet um ihre Geschäfte, seit Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) heikle Exporte zunehmend erschwert oder gar blockiert. Die Branche warnt vor dem Verlust tausender Arbeitsplätze. Mit dem Bundeswirtschaftsministerium will der Rheinmetall-Chef dem Bericht zufolge über Schadensersatz für den gestoppten Export eines Gefechtsübungszentrums nach



Arbeiten bei Rheinmetall FOTO: DDP

Russland verhandeln. „Der Vertrag hat einen Wert von 135 Millionen Euro. Jeder Euro weniger ist für uns ein Verlust“, sagte Papperger. Er gehe davon aus, „dass es eine faire Lösung gibt“, wolle aber „nichts verschenken“.

Gabriel hatte in der Ukraine-Krise die Auslieferung gestoppt. Den Export von Rüstungsgütern in Staaten außerhalb von

EU und Nato will der Vizekanzler nur genehmigen, wenn er besonderen Sicherheits- und Bündnisinteressen Deutschlands entspricht.

Papperger widersprach Berichten, wonach große Teile der Anlage für Russland bereits geliefert worden seien. „Das steht alles auf einem Betriebsgelände von uns in Bremen, fertig verpackt in mehr als 70 voll beladenen Lkw.“ Dem Rheinmetall-Chef zufolge hätte Russland gerne acht solcher Gefechtsübungszentren.

Die Bundesregierung will bald ein Gesamtkonzept erarbeiten, das auch die veränderte Bedrohungslage durch den Russland-Ukraine-Konflikt und den Vormarsch der Islamisten im Irak berücksichtigen soll. Dabei müsse es eine Antwort geben, welche wehrtechnischen Fähigkeiten Deutschland zum Erhalt seiner Verteidigungsfähigkeit brauche, hatte Gabriel Anfang des Monats erklärt. Gabriel pocht auf eine Konzentration innerhalb der Branche. Deutschland gilt weltweit als drittgrößter Rüstungsexporteur. Nach Angaben der Branche sind viele mittelständische Anbieter bereits in Schwierigkeiten, weil Hausbanken wegen gestiegener Unsicherheit im Rüstungsgeschäft höhere Kreditzinsen verlangen.

Urnen im Wald nicht schädlich

Urteil beendet langen Streit

FRANKFURT (epd). Das Landgericht Frankfurt hat einem Landschaftsplaner aus Hamburg negative Aussagen über Urnen-Bestattungen in Waldgebieten untersagt. Er dürfe weder behaupten noch verbreiten, dass Humanasche giftige Stoffe wie Schwermetalle enthalte und deshalb eine Gefahr für Umwelt oder Gesundheit darstelle, heißt es in einem am Freitag bekanntgewordenen Urteil (AZ: 2-03 O 39/14). Außerdem dürfe der Mann nicht behaupten oder verbreiten, dass Urnenbeisetzungen im Wald Bäume schädigten. Er müsse seine Behauptungen aber nicht widerrufen und berichtigen.

Der Gärtner und Ingenieur für Landschaftsplanung hatte im Internet negativ über einen Bestattungswald in Glücksburg (Schleswig-Holstein) geschrieben, der von dem Natur-Bestattungsunternehmen „RuheForst“ eingerichtet worden war (die BZ berichtete). Daraufhin hatte das Unternehmen gegen den Mann geklagt und sich auf sein „ökologisch anerkanntes Naturbestattungskonzept“ berufen. Mit der Beisetzung von Humanasche seien weder ökologische noch gesundheitliche Risiken verbunden, argumentierte RuheForst.

Nach Mitteilung des Gerichts kann der Landschaftsplaner gegen die Entscheidung Rechtsmittel beim Oberlandesgericht einlegen. Sollte er sich in ähnlicher Weise wieder äußern, drohen ihm bis zu 250 000 Euro Ordnungsgeld.

Post-Konkurrenten wollen eigene Paketbox

BONN/BERLIN (dpa). Die Wettbewerber der Deutschen Post haben dem Marktführer im Paketgeschäft den Kampf angesagt. Ab dem kommenden Jahr wollen die Paketdienste GLS, Hermes, UPS und DPD, mit einer gemeinsamen Paketbox an den Markt gehen. „Ende des Jahres sollten wir ein Modell präsentieren können“, sagte der Europa-Chef von Hermes, Hanjo Schneider, der *Welt am Sonntag*. Seit einigen Monaten bietet die Deutsche Post ihren Kunden zur Beschleunigung der Paketzustellung den Kauf eines Paketkastens an, der aber nur Boten der Post zugänglich ist. Die Konkurrenten wollen nach eigener Aussage günstiger sein als die Post – und die Box soll auch Pizza- und Brötchenlieferanten zur Verfügung stehen. „Unser System wird für alle Zusteller offen sein“, so Hermes-Chef Schneider.

Billig telefonieren

ORTSGESPRÄCHE Montag-Freitag

Zeit	Anbieter	Kennzahl	Ct./Min.
0-7	Arcor	01070	0,43
	Tele2	01013	0,49
7-19	tellmio	01038	1,42
	Star79	01079	1,84
19-24	Tele2	01013	0,49
	Arcor	01070	0,53

FERNGESPRÄCHE Montag-Freitag

Zeit	Anbieter	Kennzahl	Ct./Min.
0-7	Arcor	01070	0,44
	Tele2	01013	0,59
7-9	Tellia	01041	0,82
	tellmio	01038	1,07
9-18	tellmio	01038	1,07
	010033	010033	1,10
18-19	010011	010011	0,99
	tellmio	01038	1,07
19-24	Tele2	01013	0,59
	Arcor	01070	0,63

ZUM HANDY Montag-Sonntag

Zeit	Anbieter	Kennzahl	Ct./Min.
0-24	010011	010011	1,69
	01032	01032	1,79

Da der Anrufer die Handynummer nicht mehr dem Netz zuordnen kann, sind die Anbieter so gewählt, dass er im günstigsten Fall weniger, aber auf keinen Fall mehr bezahlt.

* In der Tabelle sind nur Anbieter berücksichtigt, deren Netzkapazitäten nicht ständig überlastet sind und deren Preisgestaltung einigermaßen transparent und verlässlich ist.

Alle Angaben ohne Gewähr!

QUELLE: BZ/SACHS STAND 19. 9. 2014 BZ-GRAFEX